



Rüsselsheim, den 04.01.2021

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses

vom Dienstag, den 01.12.2020 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung vom 03.11.2020 wird in der vorgelegten Form einstimmig genehmigt.

TOP 2 Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 einschl. Flirtschreibung zum Haushaltsplanentwurf 2021 – 2. Lesung DS-Nr. 776/16-21 und DS 776a/16-21

Der Ausschuss hat die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 in 2. Lesung beraten.

Antrag Nr. 5 – 050243100/6993264 – Senior*innen-Uni

Antrag Nr. 23 – Senior*innen-Uni

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltung zu.

Antrag Nr. 6 – 060245120/6867000, 060245150/6993260, 060245160/6993260,

06054600/6993240 - Programmkosten

Der Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig bei 1 Enthaltung zu.

Antrag Nr. 7 – 060546000/7128300 – Jugendarbeit Bauschheim

Antrag Nr. 134 – 060546000 – Jugendarbeit Bauschheim

Antrag nr. 24 – Jugendarbeit Bauschheim

Herr Stadtv. Karger meldet für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf an.

Antrag Nr. 14 – 050562000 - Wohnungswesen

Herr Bürgermeister Grieser schlägt vor, die beantragte Stelle mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Die Abstimmung soll im Haupt- und Finanzausschuss erfolgen.

Antrag Nr. 15 – 060040720 – Kita-Verwaltung

Der Ausschuss lehnt den entsprechenden Antrag des Jugendhilfeausschusses mit 7 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag Nr. 15 mit 7 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen ab.

Antrag Nr. 26, Ziffer 1 – Vereinssicherungskonzept und Soforthilfefonds

Der Ausschuss stimmt Ziffer 1 des Antrags einstimmig bei 1 Enthaltung zu.

Antrag des Jugendhilfeausschusses -0604/6880000 – Tageseinrichtungen für Kinder

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit 9 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen zu.

Herr Stadtv. Metz meldet für die Abstimmung über den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf an.

Die Abstimmung soll im Haupt- und Finanzausschuss erfolgen.

**TOP 3 Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) für den
Zeitraum 2020 – 2024 – 2. Lesung
DS-Nr. 777/16-21**

Herr Stadtv. Metz meldet für die Abstimmung über die Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) für den Zeitraum 2020 – 2024 für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf an.

Die Abstimmung soll im Haupt- und Finanzausschuss erfolgen.

**TOP 4 Grundschule Königstädten, Weiterentwicklung
Bezug: Antrag Nr. 37 der Fraktionen: SPD, WsR, Bündnis 90 / Die Grünen,
Die Linke Liste Solidarität vom 20.02.2018
DS-Nr. 589/11-16 Zwischenbericht zum Projekt Bildungszentrum
Grundschule
DS-Nr. 793/16-21**

Die Abstimmung über die Drucksache wird auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

**TOP 5 Sachstandsbericht zum Prüfauftrag Einrichtung eines Frauenhauses in
Rüsselsheim
Bezug: DS-Nr. 715/16-21/ Prüfauftrag Einrichtung eines Frauenhauses in
Rüsselsheim
DS-Nr. 807/16-21**

Frau Stadtv. Schmitz-Henkes stellt einen Änderungsantrag mit der Bitte, in der Kenntnisnahme zu ergänzen, dass im geplanten zweiten Frauenhaus ein barrierefreier Zugang sowohl für Schutzsuchende als auch Beschäftigte und die Aufnahme von Jungen über 14 Jahren möglich sein wird.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, mit dieser Ergänzung dem Beschlusstext der Vorlage zuzustimmen wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt die beiden Prüfaufträge der Drucksache DS 715/16-21 (Prüfauftrag Einrichtung eines Frauenhauses in Rüsselsheim):

- A. „Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, Verhandlungen mit dem Kreis Groß-Gerau aufzunehmen, mit dem Ziel, an einem sicheren Standort ein Frauenhaus mit 6-8 Familienzimmern in Rüsselsheim am Main zu einzurichten. Ein barrierefreier Zugang und die Aufnahme von Jungen über 14 Jahre werden ermöglicht.“
- B. „Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat mit dem Kreis Groß-Gerau zu

prüfen, ob es einen Bedarf an Beratungsstellen und Schutzeinrichtungen von Männern und Diversen gibt und falls ja, wie dem Rechnung getragen werden kann.“

für erledigt.

**TOP 6 Weiteranmietung von Unterbringungskapazitäten für von Wohnungslosigkeit gefährdete und wohnungslose Menschen
DS-Nr. 803/16-21**

Herr Bürgermeister Grieser erläutert die Vorlage.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, der Vorlage zuzustimmen wie folgt:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Verhandlungen mit den Vermieter*innen über die Weiteranmietung der gemäß Drucksache 716/16-21 vorgeschlagenen Objekte zum Zweck der Unterbringung von anerkannten Geflüchteten und Vermeidung von Obdachlosigkeit erfolgreich abgeschlossen wurden.
2. zur Refinanzierung der Mieten und Betriebskosten eine Unterbringungsgebühr in Höhe von 303 € je Person und Monat erhoben werden muss.
3. die Unterbringungsgebühr damit zwar höher ist als vor den Verhandlungen kalkuliert, jedoch deutlich unter jener von Seiten des Kreises in Asylunterkünften erhobenen Unterbringungsgebühr in Höhe von 380 € je Person liegt.
4. die zu erhebende Unterbringungsgebühr gemäß zu beschließender Gebühren- und Nutzungssatzung die Angemessenheitsgrenze der Kosten der Unterkunft (KDU) gemäß SGB II und XII ab einer Haushaltsgröße von drei Personen übersteigt.
5. gemäß Vereinbarung des Kreises mit dem Jobcenter und Kreissozialamt die Unterbringungsgebühren in Asylunterkünften des Kreises ungeachtet der Angemessenheitsgrenze in voller Höhe für die Dauer der Wohnungssuche anerkannter Geflüchteter übernommen werden. Somit werden die Unterbringungsgebühren erheblich länger übernommen, als die vom Gesetzgeber vorgesehenen 6 Monate gemäß §22 Abs. 1 Satz 2 SGB II und §35 Abs. 2 Satz 2 SGB XII.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung

1. beschließt die Anmietung der Objekte zum Zweck der Unterbringung von anerkannten Geflüchteten und zur Vermeidung von Obdachlosigkeit unter den in dieser Beschlussvorlage dargestellten Konditionen.
2. beschließt die Gebühren- und Nutzungssatzung zwecks vollumfänglicher Refinanzierung der entstehenden Aufwendungen für die Anmietung und den Betrieb der Objekte.
3. beauftragt den Magistrat mit der Aufnahme von Gesprächen mit den Leistungsträgern des SGB II und SGB XII über die Übernahme der Unterbringungsgebühren in voller Höhe für den Zeitraum der Wohnungssuche.

**TOP 7 Nachwahl eines stimmberechtigten und eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss für die Wahlperiode 2016 – 2021
hier: Stellvertretung für die SPD-Fraktion
DS-Nr. 809/16-21**

Die stellv. Stadtverordnetenvorsteherin, Frau Erika Rohark, übernimmt für die Beratung der Drucksache die Sitzungsleitung.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, der Vorlage zuzustimmen wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn Wilfried Hauf als stimmberechtigtes Mitglied und Frau Monika Klocksinn als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

TOP 8 Anfragen und Mitteilungen

- Herr Stadtv. Otto weist auf das Angebot der Opel Automobile GmbH hin, auf ihren Flächen ein Corona-Impfzentrum zu errichten und fragt nach, ob es bereits Gespräche bzw. Vorkehrungen für Rüsselsheim und den Nordkreis gibt.

Herr Bürgermeister Grieser berichtet, dass das Gesundheitsamt des Kreises Groß-Gerau auch für Rüsselsheim zuständig ist und sich für den Standort in der Martin-Buber-Schule entschieden hat.

Der Magistrat hatte im Vorfeld angeboten, bei der Suche nach einem Standort behilflich zu sein. Weitere Planungen sind derzeit nicht bekannt.

- Herr Stadtv. Otto fragt nach, ob es bezuglich des Bundestagsbeschlusses zum Verbot der „Grauen Wölfe“ Kenntnisse zum Haus in der HasnSachs-Straße 74 gibt.

Die Anfrage wird an Oberbürgermeister Bausch weitergeleitet.